

Deutscher Reichstag.

k. Berlin. 67. Sitzung am 16. März 1906.

Der Reichstag führte heute die Debatte über Deutsch-Ostafrika zu Ende, die Debatten brachten nicht mehr viel Neues. Der Zentrum-Abg. Schwarze-Lippstadt zeigte sich hierbei als ein guter Kenner Ostafrikas und war zu sehr begeistert und hoffnungsfreudig für die Zukunft der Kolonien, seine Ansichten fanden auch vielfach Widerspruch. Dr. Arndt (Reichsp.) versuchte wiederum, Dr. Peters rein zu waschen, aber er fand vielfach Widerspruch. Der Rest der Debatte bewegte sich in lauter Polemik und Repliken. Morgen wird der Staat für Südwestafrika begraben.

Politische Rundschau.

Dresden, den 17. März 1906.

Die Verhandlungen über die Tabaksteuer wurden, wie aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt wird, Freitag vollständig aufgehoben. Man wird sie auch in der Kommission völlig fallen lassen.

Die Schallkommission des preußischen Abgeordnetenhauses wird in nächster Woche ihre Verhandlungen beenden. Die zweite Sitzung soll erst nach Ostern beginnen.

Das preußische Abgeordnetenhaus hat am 16. d. Ms. die dritte Lektüre des Gesetzes sehr weit vorangestellt, es wurden noch keine Abstimmungen vorgenommen. Am Sonnabend soll der Staat zu Ende beraten werden.

Die Abgeordneten der sächsischen Kammer zeichneten 1500 M. als Spendensumme zu einer Ehrengabe für die deutschen Bergarbeiter, die jetzt in Courrières Hilfe leisten.

Zu der Steuerkommissionssitzung wurde der Vermittlungsvorschlag des nationalliberalen Dr. Pöder und Genossen wegen der Beauftragten mit 16 gegen 12 Stimmen (Sozialdemokraten, Freie, Volkspartei, Wirtschaftsvereinigung, Polen und Zentrumsmann Müller-Hulda) angenommen.

Der polnische Ostmärktenverein Straz startete eine Protestversammlung gegen den Erzbischof von Stolpewitz, weil dieser den Geistlichen den Vorzug und auch rednerisches Aufstreben in den Zweckvereinen des Straz verbieten hat.

Die Budgetkommission des Reichstages setzte am 16. d. Ms. die Verhandlung des Militärtreates fort. Ein Antrag von Eltern-Nörern beantragt Genehmigung von einer Reichsschule in Paderborn und Ausbildung der übrigen Schulen für mindestens drei Jahre, damit erneute Erhöhungen gemacht werden können. Der Antrag stand mit großer Mehrheit abgelehnt. Anschließend werden die ehemaligen Ausgaben verabschiedet. Es folgen die Zulagen für die Unteroffiziere in Elsass-Lothringen. Minister Moritz (Centr.) fordert die Streichung dieser Position für die Zukunft, der Kriegsminister legt für kommendes Jahr einen entsprechenden Vorschlag zu. Zum Anfang der Verhandlungen tritt Abgeordneter Engelen (Centr.) dafür ein, daß auch Lippe eine Polizei seitens des Reiches erhalten soll; durch die Artilleriewerft werde die Gemeinde schwer belastet, vamentlich für Schulhausbaukosten. General Zirt von Arnim fragt für nächstes Jahr eine Polizei zu. Die ehemaligen Ausgaben des ordentlichen Staats werden ohne Abhöre genehmigt. Beim Kapitel der Zerrichtung werden die Zulagen in den Orten der Kasse A als künftig wegfallend bezeichnet. Am Dienstag folgt der Rest des Gesetzes.

Die Bestellung der Personenzahlskarten auf der Eisenbahn soll nach den jetzt geplanten Weitläufen kilometrisch stattfinden, und zwar die erste Klasse mit 1 Pf., für die zweite Klasse mit 0,5 Pf. und für die dritte Klasse mit 0,25 Pfennig pro Kilometer, während die vierte Klasse, sowie Militär und Arbeiterschaftskarten freibleiben. Stempelzölle unter 5 Pf. bleiben unberücksichtigt, infolgedessen ist auch der Nahverkehr dritter Klasse bis zu 20 Kilometer steuerfrei. Durch dieses Gesetz werden statt der durch die Regierungsvorlage verlangten 12 Millionen etwa 50 Millionen neue Einnahmen für die Reichskasse gebracht.

Steuerkompromiß. In verantwortlicher Stelle ist man bemüht, mit den größeren Parteien des Reichstages über die Steuervorlagen zu einer Vereinbarung zu gelangen, die dem gleichen wie der erforderlichen Mehreinnahmen fügt, ohne berechtigte Interessen seiner Angehörigen zu schädigen. Dieses Kompromiß dürfte erfolgen auf Grund des Beschlusses auf die Erhöhung der Tabaksteuer, Einschränkung einer Zigarettensteuer, Annahme der von der Regierung vorgelegten Braunkohlerhöhung, Automobilsteuer, Reichserbschaftsteuer unter Auflösung der immobilen Erben und Veränderung des Grundbesitzes, Ablehnung des Nilometerstamps für die Eisenbahnverkehrsfarten ebenfalls unter Wiederaufnahme des ursprünglich vorgesehenen Kraftartenstamps, Umgestaltung des Reichslandfondensatzes, Vereinigung des 2 Pfennigportos im Postverkehr durch entwederliche Erhöhungen, Fällenlassen des Abfahrtstamps für Auslandspostarten, Annahme eines Ausfuhrzolls auf Kali, Vertagung der „vorerst noch nicht durchführbaren“ Weltkrieger. Da das finanzielle Ergebnis einer Vereinbarung auf der angedachten Grundlage noch nicht genügt, so glaubt die Reichsregierung eine Revision derzeitigen Tarife der Post- und Telegraphenverteilung in Aussicht nehmen zu können, die bisher die Kosten des Betriebes nicht gedeckt haben. Es handelt sich zunächst um die Gebühren für Telexen und Zeitungsverförderung.

Das rote Gedenkweib. Seit dem Donner Parteitag, auf dem man die rote Rosa Luxemburg würdig mit Höhe und Spott überwarf, weil sie, die russisch-polnische Rödin, wohl eifrig Revolution rebete, es aber ängstlich vermied, ihr soziales Leben für die von ihr vertretene Sache in die Schanze zu schlagen, war die „Vorwärts“-Redaktion zu einer Ullfug in der ganzen deutschen Presse geworden. Schließlich mußte das ihr und ihren Kollegen doch zu viel geworden sein. Der „Vorwärts“ schreibt jetzt: „Während die Tintenfüller der bürgerlichen Presse, von denen keiner unter diesen Umständen den gleichen Mut besaß, leben würde, in ihren Zeitungen und Wochblättern über sie höhnten und sie aufsorderten, in Russland ihre „blutigen Tyränen“ anzubringen, setzte sie dort ihr Leben ein.“ Das „Einkehen des Lebens“ mußte in sehr umfassender Weise gelebt haben, denn bis jetzt hat Rosa es in unserem gefährlichen Zeitalter verstanden, sich vollständig vor den russischen „Schergen“ verborgen zu halten. Erst Anfang

März hat sie einen geeigneten Augenblick ergriffen, sich auf ungewöhnliche Weise verborgen zu lassen. Selbstverständlich benutzt sie dieses „Ereignis“ sofort zu einer mächtigen Reklame für ihre werte Person aus. Im „Vorwärts“ lesen wir nämlich: „Rosa Luxemburg, die seit mehreren Monaten sich im Russisch-Polen befand, ist in Warschau verhaftet und in das Stadtgefängnis gebracht worden. Eine bestimmt Anklage ist noch nicht gegen sie erhoben worden. Man scheint erst noch Anklagematerial zu suchen. Wie aus einem hier eingetroffenen Briefe der Genossin Luxemburg hervorgeht, sind die Zustände in dem Gefängnis, in dem sie sich befindet, geradezu schändbar; sie teilt ihre Zelle mit 16 anderen Personen — Männer und Frauen — zeitweise befinden sich in derselben Zelle nicht weniger als 60 Personen. Die russische Verbarei tritt auch in dem Zustande der Gefängnisse in helle Bedeutung.“ Wahrscheinlich wird Rosa den „Gang der Handlung“ so eingerichtet haben, daß man sie verbachten müßte, ohne daß ihr irgend eine strafbare Handlung zur Last zu legen wäre. Sie wird voraussichtlich bald freigelassen werden, nach Berlin zurückkehren, furchtbar interessant geworden sein und dann den Rosenmund noch einmal so weit aufreissen, als früher — was gewiß keine Kleinigkeit ist.

Auf die Wahlrechtsdemonstration am 18. März sucht der „Vorwärts“ die Arbeiter wieder idar zu machen. Er polemisiert zunächst gegen die Zentrumsfraktion des preußischen Abgeordnetenhauses, die den Arbeitern nicht das allgemeine und gleiche Wahlrecht geben will, wobei das sozialdemokratische Blatt verschweigt, daß das Zentrum stets diese Forderung vertreten hat, aber nur sich hiermit nicht durchdringen kann; dann geht er gegen den Freiesen vor. Darin heißt es: „Die Arbeiterklasse bildet nicht nur die zahlreichste aller Klassen, sondern die Mehrheit des Volkes ist sie. Sie braucht nur einig zu sein im Wollen, und das Gewaltregiment der Kinderbrüder bringt rettungslos zusammen. Der Kampf um das Wahlrecht in Preußen fällt deshalb völlig zusammen mit der Zusammenbeschleunigung der arbeitenden Massen zu einer Kampfpartei: der Sozialdemokratie. Sie einträchtiger sich das Volk der Arbeiter zusammen, wird der Kampf auf die bürgerlichen Parteien, der Arbeiterklasse trost alles Straßens Zusammensetzung zu machen. Den Wahlrechtsantrag organisieren, heißt deshalb das Band brüderlicher Interessensolidarität innerhalb der Arbeiterklasse knüpfen, heißt für die Sozialdemokratie agitieren. Und eine Wahlrechtsdemonstration in diesem Sinne soll die Märzfeier dieses Jahres sein. Die Versammlungen am 18. März müssen ein rühmliches Zeugnis der Begeisterung und der Werkeleistung sein, die der proletarischen Massenbewegung Deutschlands involviert.“ Damit hat der „Vorwärts“ wieder die rechte Aufsetzung. Es ist die reinste Revolutionsromantik, die sich hier ausführt und die Köpfe vereinigt. Ob die Regierung wieder Gegenmaßregeln treffen wird, ist nicht bekannt, wir glauben kaum. Die Genossen könnten am nächsten Sonntag ganz allein spazieren gehen.

Oesterreich-Ungarn.

Bei Fortsetzung der erst Lektüre der österreichischen Wahlrechtsreformvorlage erkennt Graf Trauttmansdorff die Notwendigkeit einer Wahlreform an, bezieht sich aber als Gegner dieser Vorlage. Er sei zwar für ein allgemeines, nicht aber für ein gleiches Wahlrecht. Abg. Strauss erklärt, daß die Regierung mit Einbringung der Wahlreform nur eine Pläne erfüllt habe, bezeichnet die Vorlage aber als eine Demütigung der Tschechen und verlangt eine Erhöhung der tschechischen Mandate in Mähren.

Im Laufe der Nacht zum 16. d. Ms. kam es in Post vor dem Hofvordemtal zu bedenkelichen Kundgebungen. Gegen 200 Studenten versuchten das Denkmal zu beschädigen, was die Polizei verhinderte. Die Studenten festigten sich zur Wehr und gaben mehrere Revolverstöße ab. Es erfolgten sechs Verhaftungen. Die Verhafteten waren sämtlich mit Revolvern und Dosenbüchsen bewaffnet, auch die Festigung des Denkmals durch aristokratische Damen wurde von der Polizei verhindert.

Die ungarische Krise. Die ungarische Regierung fügt gestern durch das Telegraphenkorrespondenzbüro über ihre Absichten bezüglich der Neuwahl an, verlautbaren: Mit Rücksicht auf die im Lande systematisch fortgesetzten gewissenlosen Agitationen, welche die innen eines Wahlkampfes herrschende stürmische Bewegung in unberechenbarer Weise steigern würden, sowie ferner in Abbruch des Wahlstandes, daß durch solche Verhinderungen die auf die Herstellung der öffentlichen Ruhe gerichteten dringenden Bemühungen gefährdet werden, ist die Regierung im Bewußtsein der eigenen Verantwortlichkeit noch sehr weit von dem Wahlkampf entfernt, welchen die Plötzer ihr auslösen. Die Regierung könnte die Ausschreibung der Wahlen in einem solchen Hause und nur zu einem solchen Zeitpunkte der Krone in Auftrag bringen, wenn sie in einer gründlichen Verbesserung der Verhältnisse eine politische Garantie, sowie eine Gewähr dafür sehen würde, daß die Einberufung des Reichstages nicht den vollen Klang der öffentlichen Ordnung und des staatlichen Ansehens bedeute. In Bezug auf die Regierungserklärung sah das Exekutivkomitee einen Verdacht, in dem es heißt: Der Ausdruck hat mit Empörung vor der beispiellosen Kühnheit Kenntnis genommen, mit der die Regierung die Einberufung des Reichstages innerhalb der gefestigten Frist als eine offene noch Mahnabe von Abschlußfeierlichkeiten zu entzündende Frage behandelt. Zu dieser Empörung des konstitutionellen Gewissens gefestigt sich aber auch die tiefste moralische Entrüstung über die provokatorische Gewissenslosigkeit der in dem offiziellen Kommunismus enthaltenen Erklärung. Der leitende Ausschuss hofft, daß die Stimme dieses Protokols dahin dringen werde, wo man den offenen Bruch der Verfassung, der den Thron und die Nation an den Rand des Abgrundes führen würde, nicht wollen kann. Die Erklärung des Exekutivkomitees der Koalition, die geeignet ist, neuerlich das ganze Land aufzuhühen, hat die Regierung zu einem energischen Akt veranlaßt: sie hat den Ausschuh aufgelöst. Will man die Koalition niederringen, so mußte man ihr Zentrum zerstören, ihren Kopf — abtragen. Den alarmierenden, hegenden und signalgebenden Pronunciamenti des Koalitionsausschusses mußte ein Ende gemacht werden. Später, aber doch!

Frankreich.

Die Deputiertenkammer nahm die letzten Kapitel des Marinebudgets an.

Zu der St. Paul-Turnhalle zu Paris fand am 16. d. Ms. unter Vorit von François Coppée eine von 6000 Personen besuchte Versammlung statt, in welcher noch beständige Reden gegen das Ministerium die Gründung einer Liga des katholischen Widerstandes beschlossen wurde.

Die Grubenkatastrophe in Courrières. Die Antwort, welche die erbitterten Bergarbeiter unter dem Eindruck der furchtbaren Katastrophe der schuldigen Gesellschaft geben, ist der Streit, der längst geplant war, aber nun infolge der Katastrophe ausbricht. Die französische Regierung hat eilig zum Schutz der Kohlenarbeiter und in Vergessenheit für die Massen der Minenbesitzer Massen von Militäraufgebote, so viel sie eben verfügte, da sie den Rest zu den Straßen einbrüchen benötigt. Die Errichtung unter den Arbeitern ist infolge dieser Maßregel noch gestiegen. Der Streit gewinnt an Ausdehnung. In den Gruben von Douges haben von 2724 Arbeitern 2469 die Arbeit eingestellt. Die Arbeiter der Minen von Courrières verloren, von der Grubengesellschaft den Lohn für die Zeit der unfreiwilligen Arbeitspause zu fordern. Die Errichtung der Bergarbeiterkraft gegen die Grubengesellschaft ist im fortwährenden Wahlkreis begriffen. Einige Männer von der deutschen Rettungsexpedition in den Gruben von Courrières sind infolge Raubüberfällen erkrankt. Eine Stimme des Lobes berichtet über den Mut und die Tüchtigkeit der deutschen Rettungsmannschaft. Der Vorsitzende der parlamentarischen Gruppe für internationale Schiedsgerichtsverträge, Baron d'Estournelles, richtete an den Führer der deutschen Rettungsexpedition eine Deputé folgenden Inhaltes: „Name der französischen parlamentarischen Gruppe für internationale Schiedsgerichtsverträge sprechen wir Ihnen unsere Freude darüber aus, daß Sie Ihren Brüdern in Frankreich zur Hilfe gezeigt sind, und wie beglückwünschen uns, daß Sie durch Ihre Tat die zunehmende Solidarität unter den Völkern bestätigt haben. Gezeichnet d'Estournelles, Constant.“

Nach Schluss der offiziellen Sitzung der Zweiten sächsischen Kammer hielt der Präsident die Mitglieder zu einer Verabschiedung zurück. Am Schluß wies er darauf hin, daß die deutschen Bergarbeiter durch ihre Tätigkeit in den Gruben von Courrières den deutschen Namen durch die Welt getragen haben. Es wurde beschlossen, einen Sammelbogen für eine Spende an die deutsche Rettungsmannschaft in der heutigen Kammeröffnung aufzulegen. Bis jetzt sind 3000 Mark gezeichnet. Dieses Beispiel dürfte im deutschen Reichstage Nachahmung finden.

Am Ausstand in Courrières sollen bereits 10000 Bergarbeiter beteiligt sein.

Rom.

Der „Osservatore Romano“ publiziert folgende Note: „Einige Blätter behaupten konstant, der Heilige Vater habe von 7 Erzbischöfen und Bischöfen Frankreichs die Demission verlangt. Wie sind autorisiert, zu erklären, daß solche tendenziöse Nachrichten jeder Vergrößerung entbehren.“

Von 7 französischen Bischöfen war fibrigens wie die Rede. Und die Nachricht, daß vier oder fünf Bischöfe zur Aufgabe der Diözesen aufgefordert werden, zirkulierte in den bestimmteten Kreisen Rom.

Kardinal Gallegari, Bischof von Padua, ist nach mehrwochentlicher Krankheit im Alter von 65 Jahren gestorben. Er war Venetianer und zwischen ihm und Pius X. bestand seit langem innige Freundschaft. Im November 1903 erfolgte seine Ernennung zum Kardinal.

Spanien.

Zur Marokkokonferenz. In französischen Regierungstreffen scheint man sich noch immer in der Hoffnung zu wiegen, Deutschland zu weiteren Konzessionen bewegen zu können. Wenigstens war in einem amtlichen französischen Blatte die Ansicht ausgesprochen worden, daß Deutschland in der Polizeifrage, wenn nur das neue Ministerium genügend Festhaltung beweise, noch Konzessionen machen würde. Diese Ansicht ist jedoch durchaus falsch. Einer französisch-spanischen Polizeiorganisation wird Deutschland nur in der Voraussetzung zustimmen, daß entsprechend dem österreichischen Vermittlungsvorschlag wenigstens ein Hafen angenommen wird, oder daß irgend welche anderen gleichwertigen Garantien an Stelle dessen geboten werden. Um übrigens sei darauf hingewiesen, daß das zweimalige Verschieben der Konferenz in der letzten Zeit lediglich aus Rücksicht auf die französischen Wünsche eingetreten ist, daß dagegen die deutschen Delegierten für die Plenarverhandlungen vollständig mit Austrittungen versehen sind. Sollte Frankreich an seinem bisher eingenommenen Standpunkt festhalten, so würde es dadurch die Konferenz entschieden zum Scheitern bringen. In Berliner politischen Kreisen ist man jedoch zunächst noch nicht geneigt, anzunehmen, daß dies das Ziel sei, auf das Bourgeois hinarbeitet. — Der Korrespondent des „Standard“ in Algier meldet seinem Blatte, er wisse aus bester Quelle, England habe die Ansicht ausgesprochen, Frankreich sei gut, genau zu überlegen, ob es nicht ratsam ist, die von Österreich-Ungarn genannten Vorschläge in der Polizeifrage mit gewissen Abänderungen anzunehmen. Die „Daily Mail“ konstatiert bitter, daß in der gegenwärtigen Phase der Verhandlungen in Algier mit Ausnahme von England und Spanien sämtliche neutralen Mächte, also auch Russland und Amerika, auf deutscher Seite ständen. Wegen der nächsten Sitzung ist noch nichts festgelegt; die einen wünschen, daß sie am Sonnabend stattfindet, die anderen — und das sind die in erster Linie in Betracht kommenden — ziehen es vor, daß die nächste Sitzung erst Montag oder Dienstag stattfindet. Diese Sitzung würde dann die entscheidende sein.

England.

Nach einer Meldung der „Daily Mail“ aus Bangor hat die englische Expedition am 12. d. Ms. die Rebellen bei Sokoto angegriffen und heimlich vernichtet. Die Abteilung ging dann nach Sativu vor, das trotz tapferer Verteidigung nach vorherigem Bombardement mit dem Panzer zerstört wurde. Die Rebellen, die durch britische Infanterie verfolgt wurden, haben über 300 Tote verloren. Damit durfte der Sokoto-Aufstand niedergeschlagen sein. — Amüscher Wiedlung aufgrund soll der Wahl von Sokoto gelöst worden sein.

— Die in Reihe eingeschalteten Bischöfe erinnern daran, daß die Regierung noch beständige Reden gegen das Ministerium die Gründung einer Liga des katholischen Widerstandes beschlossen habe.

Erste Erfolge eingetretene Ständesammelung: Einmal Académie de Médecine zu Paris, dann Reichstagswahl, Wartegelder, Militärinvallation, außerordentliche Nebenbahnen, höhere Belastung Schönen, die Elektrizitätswirtschaft, ordentliche Sammlung, höhere Petitionen, Erhöhung mit den Beschlüssen.

Tagesblatt.

G. von Chr. breicht seine Sache (Blow-Plan) zu Stadt, deutscher Berlin. — 1903 Sieg der Deutschen. — 1904 + Albrecht + Papst Pius X. + 1905 Regelung räumt in England Südknoten bei London. — 1906 — 1913 Marie.

* Bettlogische Zeitung: reg. totale: unterrichten

* Se.

8 Uhr 20 Minuten

gemeldet. V. Die Altkirche 37 Minuten

* Aus

Wahlstätte der Kaiser. Majestät welche gleichzeitig zwar lädt, dem unterbrochen die hübsche U. droste ist.

* Ihre Majestät Ihr

* Der hochwürdigste Schaefer, ist Herrn der Universität erst mit Beginn

* 3. Dresden große Anzahl beweisen die

große Anzahl beweisen die V. Bureau einzeln vereine und an des deutschen Anzahl zur

* Die und höheren woch. den 21. des Zoologischen Jubiläums-Feierinst. Chor an diesem Fest beteiligt.

* An dem 24. Februar (F. B. Schlossgasse, und Heinrich)

Riesa. Durch ist es durch hervorragend ein beschränkt